

Debeka-Skandal

Ein kleiner Nebenjob?

Neue Ermittlungen zeigen: Beamte in der ganzen Republik arbeiten Versicherungen zu. Viele brechen dabei das Recht. von Johann Laux und Arne Storn

28. Dezember 2013

Edgar Wagner ist ein gelassener älterer Mann, er thront geradezu auf seinem Stuhl, lehnt sich zurück und verschränkt die Arme. Seine Sätze sind wie langsame, klare Flüsse, er strahlt die Ruhe eines Mannes aus, der 2015 in Pension geht, die Ruhe der Erfahrung. Aber Wagner ist auch der Mann, der vielen Tausend Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst vorher noch das Fürchten lehrt.

Als Datenschutzbeauftragter von Rheinland-Pfalz ist Wagner der Chefaufklärer im Skandal um die Debeka in Koblenz. Mitarbeiter der Versicherung haben im Bemühen, neue Policen abzuschließen, Grenzen überschritten. Versicherungsvermittler sollen Staatsdiener dazu bringen, widerrechtlich Daten vor allem von Beamtenanwärtern herauszugeben – und bei Vertragsabschluss Geld zu kassieren. "Wir reden eher von ein paar Tausend Fällen als von ein paar Hundert", sagt Wagner. "Es geht um eine lange Strecke – von den siebziger Jahren bis in die Gegenwart hinein."

In den vergangenen Jahren hatte Datenschützer Wagner vor allem mit amerikanischen Internetkonzernen und mit Händlern wie Lidl zu tun. Nun führt ihn seine Arbeit ins eigene Milieu, ins Milieu der Staatsdiener. Seit das *Handelsblatt* über die Machenschaften berichtet hat, sind bei Wagner Hunderte Hinweise eingegangen. Viele sind so konkret, dass sie wohl an die Staatsanwaltschaft gehen werden – sofern die Hinweisgeber zustimmen, versteht sich.

Längst geht es nicht mehr um Einzelfälle. Es handelt sich wenigstens um ein weitverbreitetes Phänomen, wenn nicht gar um ein organisiertes System, das gefördert oder zumindest geduldet wurde. Hinweise auf andere Firmen liegen ebenfalls vor, insofern könnten die Verfehlungen über die Debeka hinausreichen. Im Fokus stehen Häuser, die dem öffentlichen Dienst nahestehen – wie die HUK-Coburg, Signal Iduna oder die DBV.

Die Versicherer weisen jede Schuld und Vergleiche mit der Debeka von sich. Man habe keine Hinweise auf Auffälligkeiten und Tippegeber, so die HUK-Coburg. Allerdings führt sie rund 2000 "nebenberufliche Vermittler" im öffentlichen Dienst, die pro Jahr und Person im Schnitt auf 2.400 Euro Provision kommen. Die Signal Iduna sagt, sie habe nur 24 Tippegeber im öffentlichen Dienst, es gebe keine Ermittlungen von Staatsanwaltschaft oder Datenschützern;

seit 2006 habe es keine Verstöße oder Beschwerden gegeben. Zur DBV ist zu hören, dass es dort weder Tippgeber noch Ermittlungen gebe.

Zentrale Fragen lauten: Wer hat Geld bekommen? Wie viel? Wofür? Wussten das die Dienstherren? Haben sie weggeschaut, ihre Pflichten vernachlässigt? Behindert dies Ermittlungen? Die Fragen rühren ans Innerste des Staates. "Beamtinnen und Beamte dienen dem gesamten Volk", heißt es im Gesetz, sie sind dem Allgemeinwohl verpflichtet. 4,6 Millionen Menschen arbeiten hierzulande für den Staat, 1,7 Millionen davon als Beamte. Der Skandal bringt einen ganzen Stand in Verruf.

In einer Stadt, weit von Mainz entfernt, bekommt die Korruption ein Gesicht. Auf ihm liegt ein besorgter Ausdruck. Thomas Frank hat lange überlegt, ob er reden soll. Er will unerkannt bleiben, und so ist Thomas Frank ein Pseudonym. Nun sitzt er in einem Café, senkt die Stimme, denn am Ende seiner Geschichte wird er gerichtlich verurteilt und seine Existenz als Beamter vernichtet sein. Frank musste beruflich noch einmal von vorn anfangen. "Ich bin vorsichtig geworden", sagt er. Man könnte auch sagen: Er ist unsicher geworden. Bei Nachfragen beginnt er Sätze mit "Ich hätte", bricht sie nach der Hälfte wieder ab und sagt "Ich weiß es nicht".

"Es hat mir den Boden weggerissen"

Im Schulamt ist Frank derjenige, zu dem die Referendare und Bewerber kommen, wenn sie eine Krankenversicherung brauchen. Frank empfiehlt ihnen die Debeka, bei der ist er selbst, wie die meisten seiner Kollegen. Die Debeka hat im Schulamt sogar ein eigenes Postfach, an den Wänden hängen ihre Kalender, auf den Schreibtischen liegen ihre Kugelschreiber. Werbeartikel anderer Versicherer hat der Leiter des Amtes verboten. Frank gibt den Hilfesuchenden die Nummer seines eigenen Debeka-Beraters. Mit dem ist er per Du.

Nach einiger Zeit schlägt der Versicherungsmann vor, Frank könne offiziell als Tippgeber arbeiten. Ein kleiner Nebenverdienst sei drin, aber Frank zögert zunächst, sieht nur die Mehrarbeit, nicht den finanziellen Anreiz. Irgendwann unterschreibt er doch und wird "Vertrauensmitarbeiter", kurz VM. Die vereinbarten Provisionen kommen ihm unbedeutend vor.

Von da an nimmt die Sache schnell Fahrt auf: Weil Frank für die Amtsstatistik ohnehin Listen über alle Bewerber führen muss, leitet er diese Listen an seinen Berater weiter, erst auf Papier, später per E-Mail. Er glaubt, den Neuen etwas Gutes zu tun. "Die Referendare haben sich im Nachhinein oft bei mir bedankt", erzählt Frank. "Ich bin mir sicher, die meisten auf der Liste wären einverstanden gewesen, wenn ich sie gefragt hätte." Hat er aber nicht. Auch seinem Behördenleiter verschweigt er seine neue Einkommensquelle.

Für den Berater der Debeka sind die Listen pures Gold. Fast jeder, der drauf steht, wird später auch verbeamtet, und kaum einer der Anwärter hat Lust, Versicherungen zu vergleichen. In aller Regel schließen sie tatsächlich bei dem ab, der sich zuerst vorstellt.

Bei Frank gehen mal knapp 100 Euro im Monat, mal mehr als 2.000 Euro ein. Er erhält nur Geld, wenn die Referendare eine Versicherung abschließen.

Irgendwann erfährt Frank, dass er in einem Ranking der Tippgeber weit oben steht. Es ist der Moment, in dem ihm erstmals mulmig wird, wie er heute erzählt. Er will auf keiner Liste stehen. Er wird nervös, will raus, will aber seinen Berater nicht enttäuschen. Als der

Vermittler ihm eines Tages erzählt, er sei völlig fertig, weil er nicht befördert worden sei, da spürt Frank, der abgesicherte Beamte, unter welchem Druck der Mann steht. Auf einmal bekommt er Angst, sein Berater "könne ihm was". Also versucht Frank, sich versetzen zu lassen, um keine Listen mehr liefern zu müssen. Erfolglos. Mehrere Jahre lang lässt Frank die Sache laufen, liefert, kassiert und schweigt.

Eines Morgens taucht der Behördenleiter mit zwei Kriminalpolizisten samt Durchsuchungsbeschluss in seinem Büro auf. Doch Frank glaubt noch immer nicht, dass ihm Bestechlichkeit vorgeworfen wird. Bis es ihm dämmert. "Es hat mir den Boden weggerissen", erinnert er sich. Er legt alles offen, zeigt den Ermittlern freiwillig Kontoauszüge mit den Provisionen. "Mir war klar, dass die Weitergabe der Daten nicht in Ordnung war, aber dass ich einen Straftatbestand erfülle, hätte ich nie gedacht", sagt er.

Wegen Bestechlichkeit im besonders schweren Fall in Tateinheit mit Verstoß gegen den Datenschutz wird Frank zu Haft auf Bewährung verurteilt.

"Lasst die Finger von Versicherungen"

So schnell können Beamte das Recht brechen. Es geht um eine merkwürdige, alltägliche Nähe, ein Klima der Selbstverständlichkeit, in dem kaum mehr Zweifel daran aufblitzen, dass Unternehmen im Innersten des Staates wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Datenschützer Wagner und seine Leute in Mainz gehen nun Datenschutzverstößen, Pflichtverletzungen und Strukturen im Vertriebe nach. Sie konzentrieren sich auf den Fall Debeka, in dem sie die Federführung haben; Hinweisen auf andere Versicherer wollen sie 2014 nachgehen. Fälle aus anderen Bundesländern reichen sie an ihre Kollegen dort weiter.

Zur Illustration der Vorwürfe nennen die Mainzer ein paar der vielen Hinweise, die ihnen vorliegen.

So soll bei einer Vereidigungszeremonie vor wenigen Jahren ein Vertreter der Debeka gesprochen und offen geworben haben – als sei dies völlig normal. Bei einer Einführungsveranstaltung für Lehramtsanwärter habe ein Versicherungsmann gezielt Anwesende angesprochen – er habe Namen und Geburtsdaten gekannt und gewusst, auf welche Schule die Anwärter gehen würden. Bei einer Veranstaltung für Rechtsreferendare hätten nicht etwa Vertreter mehrerer Versicherer für sich geworben, sondern nur Leute der Debeka, in der Behörde, nicht draußen – in diesem Sommer.

Es ist eine Welt, in der offenbar ganze Abschlussjahrgänge angesprochen werden, manche VM gleich für mehrere Versicherer arbeiten und Chefs nichts unternehmen. "Auch der Datenmissbrauch von den Neueinstellungen durch meine Kollegen ist im Amt bekannt. Maßnahmen erfolgen keine!", heißt es einmal. Hohe Summen werden genannt. Ein Schulleiter soll bis zu 30.000 Euro jährlich kassiert haben. Dann ist von 70.000 Euro Nebeneinkünften im Jahr die Rede. "Das sind Spitzenwerte", konzediert Wagner. "Aber davon gibt es einige." Er weiß auch von mehreren Strafverfahren.

Die Debeka sagt, dass ihre fest angestellten Außendienstler öffentlich zugängliche Listen inspizieren und sich bei Info-Veranstaltungen präsentieren. Zu den Fällen könne sie ohne mehr Details nichts sagen. Die Verdienstbeispiele seien falsch – bei dieser Aussage bezieht sich die Debeka aber nur auf 2012.

Grundsätzlich sei es "in der Vergangenheit zu Verfehlungen" gekommen, räumten die Debeka und ihr Vorstandschef Uwe Laue ein. Ja, in den achtziger und neunziger Jahren hätten "Vertriebsmitarbeiter auf eigene Rechnung Adressen potenzieller Kunden erworben", die dann weiterverteilt worden seien. Der Führung habe damals die nötige Sensibilität für Datenschutzfragen gefehlt. "Und in diese Selbstkritik schließe ich mich ausdrücklich mit ein", ließ Laue sich zitieren. Später verwies man auf die Untersuchungen, die beim Datenschutzbeauftragten, der Staatsanwaltschaft und der Finanzaufsicht laufen, oder bei den Wirtschaftsprüfern von KPMG in Auftrag gegeben wurden. Seither äußert Laue sich nicht mehr.

Stattdessen erklärt das Unternehmen, es gebe heute 36.300 registrierte Tippgeber, davon rund 17 400 im öffentlichen Dienst – von denen wieder rund 8.000 tatsächlich aktiv seien. Dieses Netz sei etwas anderes als der abzulehnende direkte Handel von Daten gegen Geld. Was die Debeka heute tue, sei legal. Die Debeka, einst von Beamten für Beamte gegründet und heute ein Konzern mit knapp sieben Millionen Kunden und 12,8 Milliarden Euro jährlicher Einnahmen, sei eine Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes. Beamte dürften im Nebenberuf "auf potenzielle Neumitglieder aufmerksam machen" sowie im Fall eines Abschlusses Geld annehmen – solange sie nicht vermitteln, nicht beraten, ihren Dienstherrn informieren und den Datenschutz einhalten. Im Jahr 2012 seien 6,2 Millionen Euro an Honoraren geflossen.

Was darf ein Beamter für eine Versicherung tun? Was ist legal? Die kurze Antwort: sehr wenig. Die Fallstricke sind so zahlreich, dass viel Naivität oder Gier dazugehören, um trotzdem als Tippgeber zu arbeiten.

Wird ein Beamter um Rat gefragt, und willigt der Kollege ein, dass sein Name einem Vermittler genannt wird, ist alles gut. Doch bereits wenn ein Tippgeber im Dienst von einem neuen Kollegen erfährt und diesen selbst anspricht, überschreitet er Datenschützer Wagner zufolge eine Grenze. "Schon das darf er eigentlich nicht." Und: "Spätestens wenn ich Informationen über den neuen Kollegen weitergebe, ohne ihn vorher anzusprechen, ist das datenschutzrechtlich problematisch." Von kompletten Listen ganz zu schweigen. In einem Schreiben des Mainzer Innenministeriums heißt es des Weiteren: Werde ein Verstoß gegen den Datenschutz "mit Bereicherungsabsicht oder zur Gewinnerzielung begangen, kann eine Straftat vorliegen".

"Da bleibt nicht viel Raum", sagt Stefan Brink, Wagners rechte Hand und Leiter der Ermittlungen. Er hegt auch gegenüber dem heutigen System der Tippgeber juristische Zweifel. "Die Trennung von illegalem Handel und legalen Aktivitäten, wie sie die Debeka vornimmt, ist fragwürdig."

Leicht vernachlässigen beamtete Tippgeber ihre Arbeit. "In meiner Dienststelle sind zwei VM tätig, die sogar während der Arbeitszeit Versicherungsabschlüsse – besonders Kfz – tätigen", so ein Hinweisgeber. Und selbst zum Vermittler wird der Tippgeber bereits, wenn "auf eine konkrete Versicherung, wie etwa eine Krankenversicherung, hingeleitet wird", sagt Norman Wirth, ein auf Versicherungsrecht spezialisierter Anwalt aus Berlin. Dann sei das "eine Vermittlung", für diese brauche man eine Zulassung.

Eigentlich müssten nun in vielen Gerichten, Schulbehörden und Verwaltungen die Lampen bis tief in die Nacht brennen. Vorgesetzte müssten ermitteln, Tippgeber zur Rede stellen und Schaden vom öffentlichen Dienst abwehren. Doch viel ist nicht zu erkennen, und die Erkenntnisse der Mainzer Datenschützer legen beunruhigende Schlüsse nahe, warum das so

ist. Als Tippgeber kommen oft leitende Mitarbeiter infrage, mit Zugang zu Personendaten oder Personalverantwortung. "Unter den Vertrauensmitarbeitern sind auch viele Vorgesetzte", sagt Brink. Hinweisgeber schreiben, sich in der Entscheidung für eine Versicherung nicht frei gefühlt zu haben. "Die VM sind in aller Regel die Ausbilder, und wer widerspricht schon seinem Ausbilder?", heißt es. Es geht also auch um das Eingeständnis von Dienstherren, versagt oder weggeschaut zu haben, disziplinarische Maßnahmen, Strafverfahren. "Falls ermittelnde Beamte selbst Tippgeber waren oder sind, liegt Befangenheit vor", urteilt der Deutsche Beamtenbund.

Wen überrascht es da noch, dass es nicht mal ein zentrales Register für Nebentätigkeiten gibt? In Hamburg räumte der Senat jüngst auf eine Anfrage aus der Bürgerschaft ein, binnen einer Woche nicht sagen zu können, wie viele Polizeibeamte einen Nebenjob angezeigt haben. Begründung: Über 700 Personalakten hätten von Hand ausgewertet werden müssen.

In Rheinland-Pfalz hat das Innenministerium eine Umfrage unter allen Landes- und Kommunalbehörden gestartet: Wie viele VM gibt es? Für wen sind sie tätig? Wurde die Arbeit angezeigt? Mehr als 120.000 Personalakten sind zu prüfen. Bis zum 31. Januar müssen alle Stellen antworten. Sollte man ein weitverbreitetes Problem feststellen, heißt es im Ministerium, werde man eventuell das Landesbeamtengesetz ändern.

Die Debeka im Blick, sagt der Mainzer Ermittler Stefan Brink trocken: "8.000 Beamte und Angestellte, die als Vertrauensmitarbeiter tätig sind, sind aus Sicht des Datenschutzes 8.000 Probleme."

Thomas Frank hat seinen Beamtenstatus verloren. "25 Jahre berufliche Existenz sind zunichte", sagt er. Ein fünfstelliger Betrag an Provisionen hat ihn nach eigener Rechnung rund 750.000 Euro an Gehalts- und Pensionsansprüchen gekostet. "Viele Beamte werden wohl erst jetzt wach werden, wenn ihnen klar wird, was alles Bestechung ist", sagt er. "Wenn es bei den anderen so läuft wie bei mir, dann kann ich nur warnen: Leute, lasst die Finger von den Versicherungen!"

- 1. Organisiertes System ?

Da fragen Sie noch ?

Da ist gründliche Recherche angesagt, oder reicht dafür der journalistische Mut nicht ?

10 Leserempfehlungen

- • *ZEIT-Ansage*
- 28. Dezember 2013 10:47 Uhr

- 2. Gleiches Recht für alle

So lange die Beamten ihren Nebentätigkeiten legal nachgehen, also der Dienstherr zugestimmt hat und das Finanzamt informiert ist, vermag ich kein Problem zu erkennen.

4 Leserempfehlungen

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *Jabadabadu*
- 28. Dezember 2013 11:05 Uhr

3. Wenn ein Beamter Informationen zu Geld macht,

die er im Rahmen seiner Haupttätigkeit gewonnen hat, für die er bereits mit Steuergeldern entlohnt wurde, dann kann ich darin sehr wohl ein Problem erkennen. Sonderrechte für Beamte sind inakzeptabel, weil auch Angestellte mit ernststen Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie interne Daten ihres Arbeitgebers verkaufen.

20 Leserempfehlungen

Antwort auf "Gleiches Recht für alle"

- • *Sikasuu*
- 28. Dezember 2013 11:09 Uhr

4. Beamte sind im Gegensatz zu Abgeordneten ja bestechlich!

Abgeordneten kann so etwas nicht passieren,

.
Wenn die einen Vortrag halten (2Std=20K€), in Ausschüssen, Beiräten, bei minimalen "Kostenerstattungen", sitzen, bei vollen Bezügen für Ihr Mandat freigestellt werden.....

.
ist das ja nur Pflege der polt. Landschaft und keine Bestechung.

###

Es ist richtig wenn ein Beamter für die BEZAHLTE Weitergabe von Daten aus dem Job fliegt. Aber.....

.
warum wird der "Bestecher" nicht verurteilt? Diebstahl von Daten und Hehlerei.

.
So lange man als Studienrat und Metzgerssohn(1) in D anfragen kann und dann nach einem Politikerleben seinen Kindern ein Millionenvermögen hinterlässt..... wird wohl ander falschen Stelle aufgeklärt und bestraft.

.
In diesem Sinn, kontrolliert die "Sozialschmarotzer" und HartzIV, bei Großbetriebsprüfungen und der Steuerfahndung ist die Arbeit psychisch ja zu gefährlich!

.
Meint
Sikasuu

.
(1) J.J.Strauss

8 Leserempfehlungen

- • *r.schewietzek*
- 28. Dezember 2013 11:29 Uhr

5. Gleiches Recht für alle,

auch für Sie:

"Thomas Frank hat seinen Beamtenstatus verloren. "25 Jahre berufliche Existenz sind zunichte", sagt er. Ein fünfstelliger Betrag an Provisionen hat ihn nach eigener Rechnung rund 750.000 Euro an Gehalts- und Pensionsansprüchen gekostet. "Viele Beamte werden

wohl erst jetzt wach werden, wenn ihnen klar wird, was alles Bestechung ist", sagt er. "Wenn es bei den anderen so läuft wie bei mir, dann kann ich nur warnen: Leute, lasst die Finger von den Versicherungen!"

Wenn Sie möchten, daß Ihnen das auch passiert, outen Sie sich einfach - Sie sind doch für das gleiche Recht für alle.

2 Leserempfehlungen

Antwort auf "Gleiches Recht für alle"

- • *Hochleistungswitzmaschine*
- 28. Dezember 2013 11:34 Uhr

6. Stimmig

"Unter den Vertrauensmitarbeitern sind auch viele Vorgesetzte", sagt Brink."

Denn:

"Die Debeka hat im Schulamt sogar ein eigenes Postfach, an den Wänden hängen ihre Kalender, auf den Schreibtischen liegen ihre Kugelschreiber. Werbeartikel anderer Versicherer hat der Leiter des Amtes verboten."

Da hat der Herr Frank wohl die Strafe für seinen Behördenleiter gleich mit einkassiert.

7 Leserempfehlungen

- • *Lesebär*
- 28. Dezember 2013 11:46 Uhr

7. Wundert mich nicht, ...

denn ich hatte mich schon seit Längerem gefragt, wie es sein kann, dass die Debeka und AOK an der Koblenzer Uni (hauptsächlich Lehramt und Pädagogik)

Eine Leserempfehlung

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *eins2*
- 28. Dezember 2013 11:48 Uhr

8. Bei Bier und Würstchen...

in die Gewerkschaft und K-Versicherung. Das war gängige Übung seit 40-50 Jahren. Ob und wer dabei, ausser den betr. Organisationen, noch profitierte, war und wurde den jungen Anwärtern für den Staatsdienst, weil befangen durch ihre Situation (waren doch froh, dass ihnen bei diesen Angelegenheiten geholfen wurde) nicht bekannt.

• 9. Browserproblem

Da schmierte der Browser ab, bevor ich fertig war. Die Antwort sollte lauten:

denn ich hatte mich schon seit Längerem gefragt, wie es sein kann, dass Debeka und AOK an der Koblenzer Uni (hauptsächlich Lehramt und Pädagogik) ein eigenes Büro unterhalten. Mal von den Handouts mit entsprechenden obenauf liegenden Werbetexten in diversen Seminaren abgesehen.

Dass es sich dabei um ein gewachsenes System handelt, von dem augenscheinlich bisher beide Seiten profitierten, ist völlig klar. Anders lässt es sich auch kaum erklären, dass die Resonanz auf den Debeka-Skandal so gering ausfällt.

6 Leserempfehlungen

Antwort auf "Wundert mich nicht, ..."

- • *Benz S65 AMG*
- 28. Dezember 2013 12:10 Uhr

10. Leistungsträger werden diskreditiert.

Die stetige Hetze der Populärmedien gegen die Leistungselite wird täglich unerträglicher. Nach langen Diffamierungskampagnen bleiben am Ende von den Vorwürfen nur Schall und Rauch übrig. Wird hier versucht sozialer Unfrieden zu stiften?

Eine Leserempfehlung

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *Hadrius*
- 28. Dezember 2013 12:16 Uhr

11. Blöder geht es nicht

Die meisten Leser hier kennen die Idee der Anti-Propaganda . nur dümmlicher als bei Ihnen kann man es ja kaum machen

5 Leserempfehlungen

Antwort auf "Leistungsträger werden diskreditiert."

- • *Hadrius*
- 28. Dezember 2013 12:22 Uhr

12. Komisch regt mich nicht auf

Guter Artikel, sicher rechtlich alles nicht in Ordnung - aber warum regt mich das nicht auf?

Vielleicht, weil deutsche Verleger derzeit für ihr Recht streiten, mit kleinen Präsent-Tricks Kundendaten schon in Grundschulklassen einzusammeln? Ehrlich gesagt, halte ich diese Praktiken für weit widerlicher als den Namensgeber-Schmuh in der Beamtenschaft.

Für mich geht so ein bisschen in die Richtung, dass Müllmänner wegen Korruption gefeuert werden, wenn sie einen 10er annehmen (ungelogen!) - während die Spitze des Staates ein Hotelzimmer für 100 statt für 1700 Euro mieten kann und behaupten kann, ich habe es nicht gemerkt. Und damit meine ich nur den EX-Bundespräsidenten

5 Leserempfehlungen

- • *Nur.meine.Pflicht*
- 28. Dezember 2013 12:27 Uhr

13. Krankenversicherung

Es geht hier ja hauptsächlich um die Krankenversicherung der Beamtenkaste.

Wenn man die in die Gesetzliche stecken würde, wäre das Problem erst gar nicht entstanden. Dann wäre auch diese Armee von Beratern, Vertretern und Vermittlern überflüssig.

Aber manche sind halt gleicher als gleich und kochen ihr eigenes Süppchen auf Kosten der Allgemeinheit.

7 Leserempfehlungen

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *saugwurm*
- 28. Dezember 2013 12:44 Uhr

14. [...]

Entfernt. Doppelposting. Danke, die Redaktion/jk

- • *TulliusT*
- 28. Dezember 2013 12:48 Uhr

15. Ausserdem ..

Nee, nee ... "gleiches Recht für Alle" ist hierbei der falsche Ansatz.

Soweit ich mich erinnere, hieß es zum Thema Beamtenbezüge stets. "Die Beamten müssen so großzügig entlohnt werden, ebenso bei den Pensionen, damit sie EBEN NICHT auf Idee kommen mit einer Nebentätigkeit oder ähnlichem noch zusätzliche Einkünfte zu erzielen." Mit der Beamtenbesoldung sollte jegliche Einflussnahme mit Mitteln durch Dritte (sprich Bestechung) vermieden werden. Unsere Beamten haben schon eine sehr gute Entlohnung - "all-inclusive" und dürfen sogar noch, ohne jemals etwas eingezahlt zu haben in den allgm. Rententopf greifen. Ich denke, das sollte wohl reichen ... aber manche bekommen den Hals einfach nicht voll, hm?

4 Leserempfehlungen

Antwort auf "Gleiches Recht für alle"

- • *saugwurm*
- 28. Dezember 2013 12:50 Uhr

16. Bei uns war die Debeka auch,

sogar während der Arbeitszeit etwa 2 Stunden , der Chef (Inhaber)hat nichts gesagt.

Man wurde unter Druck gesetzt, viele haben unterschrieben, ich mußte mich rechtfertigen , - beim Berater ! Starkes Stück !

- 17. Dem sollten ...

... die Medien auch mal hinterher gehen.

An meiner FH hat auch ein Finanzdienstleister(MLPD) ein Zimmer gemietet, welcher über den Emailverteiler alle Studenten auf sich aufmerksam macht...

Diese Versicherungen und Finanzhaie wollen nur die, in Zukunft, gutzahlende Kundschaft abschröpfen...

4 Leserempfehlungen

Antwort auf "Wundert mich nicht, ..."

- • *Stallgeruch*
- 28. Dezember 2013 12:52 Uhr

18. Genau da liegt das Problem, dass die Staatsdiener

mit einem System aus privatwirtschaftlicher Versicherung und staatlicher Beihilfe im Versicherungsfall versorgt werden.

In einem mir bekannten Fall war zu erfahren, dass ein Beamter, der bei der gesetzlichen Versicherung bleiben will, als freiwillig Versicherter einen höheren Beitrag zahlt und dann keinerlei Arbeitgeberleistung von der Beihilfe erhält; damit steht er faktisch unter Zwang sich privat zu versichern.

So sanktionswürdig das Verhalten verbender Beamter auch ist, erwachsene Lehramtsanwärter zwingt niemand auf die Angebote einzugehen.

3 Leserempfehlungen

Antwort auf "Krankenversicherung"

- • *Kein Einstein*
- 28. Dezember 2013 13:17 Uhr

19. Korrupt

Bei mir war damals vor knapp 15 Jahren "das System" so fix, dass ich über ein Schreiben eines Versicherungsvertreters erstmals erfahren habe, dass meine Bewerbung um ein Referendariat erfolgreich war. Natürlich habe ich abgelehnt, wer kriminell an meine Daten kommt, kommt kaum als Vertragspartner in Frage. Mein Nachfragen nach der Herkunft der Daten blieb natürlich unbeantwortet.

Gut, dass endlich aufgeräumt wird, die Entlassung aus dem Staatsdienst ist noch das Mindeste, was ich erwarte.

Wenn Frank schreibt "*Ich bin mir sicher, die meisten auf der Liste wären einverstanden gewesen, wenn ich sie gefragt hätte.*", dann zeigt das nur, dass er sich immer noch selbst etwas vorlügt. Von meiner Seite null Mitleid, für Korruption kann es keine Entschuldigung geben.

9 Leserempfehlungen

- • *thomascap*

- 28. Dezember 2013 13:24 Uhr

20. Natürlich ist das ein System der Versicherungen...

Wie bekommt man neue Verträge mit minimalen Kosten und da sind die Beamten halt die Helfer, die verdienen ja auch so schlecht...

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *TulliusT*
- 28. Dezember 2013 13:53 Uhr

21. Interessant

Wen meinen Sie denn, wenn Sie von "Leistungselite" sprechen? Das würde mich mal interessieren.

2 Leserempfehlungen

Antwort auf "Leistungsträger werden diskreditiert."

- • *TulliusT*
- 28. Dezember 2013 14:00 Uhr

22. Rechtsfreie Räume

Derartiges Vorgehen der Versicherungen und Finanzhäuser muß selbstverständlich per Gesetz eingeschränkt, bzw. unterbunden werden.

Und wenn wir schon dabei sind, sollten unsere gewählten "Volksverdrehler" auch endlich mal das Gesetz gegen die Abgeordneten-Bestechung auf den Weg bringen. Wollen wir denn ewig eine Bananenrepublik bleiben?!

3 Leserempfehlungen

Antwort auf "Natürlich ist das ein System der Versicherungen..."

- • *Langeland*
- 28. Dezember 2013 14:07 Uhr

23. Erziehung dazu

An vielen Unis werden die Neumatrikulierten auch von sogenannten "Finanzdienstleistern" begrüßt, und das nicht nur durch Stände im Audimax, teilweise auch durch Reden direkt im Anschluss an die Funktionsträger. Auch im Laufe des Semesters habe ich häufig Veranstaltungen erlebt, die über offizielle Wege angekündigt und teilweise in die Veranstaltungsverzeichnisse aufgenommen wurden, und die natürlich in den Hochschulräumen stattfanden. Früher hielt ich das nur für geschmacklos und peinlich, die kriminelle Dimension habe ich damals nicht erfasst.

Das ist natürlich eine Erziehung zur Korruption. Die Hemmschwelle wird gesenkt, Bestechlichkeit normal.

4 Leserempfehlungen

- • *Puell*
- 28. Dezember 2013 14:30 Uhr

24. "Steckt dahinter ein organisiertes System?"

Der Minister Riester von der SPD hat damit angefangen. Er war von 1998 bis 2002 Bundesminister für Arbeit und Sozialbeitrag.

Er wird noch heute dafür von der Versicherungsbranche fürstlich entlohnt. Er kostet Millionen und brachte denen Milliarden.

- 25. Und was heißt das nun?

Heißt das womöglich, dass die gesamte PKV als Vollversicherung nur deswegen noch existiert, weil Beamte ihre (risikomäßig) beste Klientel sind?

Angesichts der zurückgehenden Beamten- und steigenden Pensionärszahlen wäre ja wohl eine Bürgerversicherung in der GKV mit verpflichtender privater Zusatzversicherung für alle Bürger die logische Konsequenz. Die GKV hätte schlagartig mehr Einnahmen und eine "bessere" Risikostruktur und die PKV hätte ebenfalls eine gute Risikodurchmischung.

Und was sagt der Vermittlungseifer einiger Tippgeber darüber aus, ob es noch zeitgemäß ist, die Beamtenbesoldung nur minimal an Leistungen auszurichten?

Und obwohl ich ein KRitiker diverser Beamtenprivilegien - insbesondere bei Versorgung und Beihilfe - bin, halte ich es für problematisch, wenn in einigen Bundesländern (NRW, Berlin) in allen oder in höheren Besoldungsgruppen keine Besoldungsanpassungen erfolgt sind. Aktive und engagierte Beamte müssen entsprechend entlohnt werden. Dass die deutsche Verwaltung so wenig korruptionsanfällig ist, ist schließlich kein Naturgesetz. Außerdem zieht es wohl kaum Spitzenkräfte in den ÖD, wenn die Gehälter jahrelang nicht angepasst werden.

- • *Yakov Pavlov*
- 28. Dezember 2013 19:20 Uhr

26. Was mich wundert

ist die fehlende öffentliche Diskussion über den Fall, der wahrscheinlich tausende von durch und durch korrupten Beamten betrifft. Kein grosser Aufschrei, obwohl Züge von organisierter Kriminalität offensichtlich sind und man hat den Eindruck, es wären allen Verantwortlichen eigentlich recht, wenn die Sache unter den Teppich gekehrt würde. Natürlich wusste das verantwortungstragende Management der Versicherungen, wie immer in solchen Fällen, wieder mal rein garnicht wie ihre Vorstandsgehälter erwirtschaftet wurden. Man kann nur hoffen, dass alle beteiligten Beamten, in naher Zukunft dem rauhen Wind des Marktes ausgeliefert sein werden. Aber soweit wird es sicherlich nicht kommen befürchte ich.

Eine Leserempfehlung

- • *honett*
- 28. Dezember 2013 20:11 Uhr

27. Millionen Euro an Honoraren

und Wulff muss vor Gericht wegen 700 Euro
und Putin hat ne Milliarden Korruptionkasse

- • *Pensionär*
- 28. Dezember 2013 22:45 Uhr

28. Viele sagen: Gott sei Dank war das so!

ich z.B. bin sehr froh, dass mich mein "Spieß" einst dazu verdonnerte eine Anwartschaftsversicherung abzuschließen als ich Zeitsoldat wurde! Der Vertreter dieser Versicherung für den öffentlichen Dienst kam in die Kaserne. Der Beitrag betrug Anfang der Sechziger 25 Pfennig im Monat und ersparte mir sehr viel Ungemach nach meiner Pensionierung. Ohne diese hätte mich keine Gesellschaft mehr versichert, so krank wie ich bei meiner Pensionierung war.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies Fürsorge vom Feinsten war und keinesfalls ein Dienstvergehen. Hier wird Vieles verteufelt, aber für die Betroffenen war es oft nur von Vorteil.

Anders die Fälle der Bausparkasse BHW. Da lagen die Prospekte und alles Werbematerial offen aus und die sogenannten Vertrauensleute verdienten ordentlich an den Provisionen. Allerdings, alle Vorgesetzten wußten davon und schlossen selbst Verträge ab. Wie ist so ein Vorgang als Dienstvergehen oder Pflichtverletzung zu werten?

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- • *del Ponte*
- 29. Dezember 2013 1:56 Uhr

29. das ist ja witzig

da werden kleine Beamte zur "Sau" gemacht und hier

<http://www.ksta.de/kall/-...>

werden Personen, gegen die ermittelt wegen gewerbsmäßigen Betruges ermittelt wird erst zu Beamten gemacht und der zuständige Gerichtsdirektor fabuliert in der gleichen Zeitung über die statistischen Wägbarkeiten, dass Verfahren am Amtsgericht einzustellen!

Leute macht die Augen auf und seht wer oder was uns regiert und verwaltet!

- • *Saar-Franzose*
- 29. Dezember 2013 7:37 Uhr

30. Ach Gottchen, wie niedlich!

Zitat: " "Steckt dahinter ein organisiertes System?" - Der Minister Riester von der SPD hat damit angefangen. Er war von 1998 bis 2002 Bundesminister für Arbeit und Sozialbetrug"

Ach Gottchen, wie niedlich!

Natürlich war es die SPD! Die hat ja auch die meiste Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik regiert - in Bund und Ländern, gelle?

Dieses im Artikel beschriebene System der Versicherungen, auf kurzem Weg über Insider Kunden zu gewinnen, ist ururalt. Mir bekannt seit 1969, nicht aus einer Behörde sondern einer Anstalt des öffentlichen Rechtes.

2 Leserempfehlungen

Antwort auf ""Steckt dahinter ein organisiertes System?""

- • *inecht*
- 29. Dezember 2013 8:55 Uhr

31. verzahntes System.

Die Verflechtungen existieren nicht nur im Verkauf.

Versicherungswirtschaft, leitende Beamte und Politik bilden ein enges Netzwerk, das tief in die konkreten sozialrechtlichen Belange eingreift.

Wie sonst kam der ex-Gesundheitsminister Rösler auf die Idee, das SGB V zu Gunsten der PKV zu ändern, als er die drei Jahre Versicherungspflicht ersatzlos streichen ließ?

Wie sonst wurden Herrn Daniel Bahr Erfolgsmeldungen seines "Pfleger-Bahrs" auf internen Kongressen von privaten Versicherern überreicht?

Man könnte sogar fragen, woher die vielen Ehrendokortitel (h.c.) in den Führungsetagen der Versicherungen kommen.

Man müßte aber auch die konkrete Verzahnung unserer Systeme dechiffrieren: KFZ-Haftpflicht, Feuerversicherungspflicht für Gebäude, Altersarmut und Provisionsreichtümer....

Eine Leserempfehlung

- • *inecht*
- 29. Dezember 2013 9:06 Uhr

32. Oh, wie selbstlos!

Die freie Heilfürsorge ist ein tolles Beispiel, wie das funktioniert, denn wer bezahlt Ihre "Spieß" ?

Genau, das Eintrittsgeld in die Kasernen verhandeln auch heute noch einige wenige Versicherer mit ... ?

Übrigens ein tolles Mehrfach-Geschäft mit jeweils ca. dem 8fachen des jeweiligen Monatsbeitrages als Provision:

1. für die Anwartschaft
2. für die Ehefrau und die Kinder, die hinzukommen als Beihilfeberechtigte
3. und dann bei der Umstellung aus Anwartschaft in Beihilfetarif als Versorgungsempfänger (Pension)

Die Branche liebt glückliche Beamtenfamilien mit Vollkasko-Mentalität und dauerhaft gesicherter Bonität!

Antwort auf "Viele sagen: Gott sei Dank war das so!"

- 33. Das ist nichts wirklich Neues...

Als ich 1979 bei der damaligen Deutschen Bundesbahn als Arbeiter anfing, bekam ich noch vor Antritt bei der Arbeitestelle den Besuch eines Mitarbeiters der Signal Iduna, der natürlich nur mein Bestes wollte.....mein Geld..... :-)

Kurze Zeit später bekam ich den Besuch eines Mitarbeiters der Sparda - Bank, der sich mir als

Vertrauensmann (der Bundesbahn) vorstellte. Die Frage, woher er wohl meine Adresse habe, blieb selbstverständlich unbeantwortet, woraufhin ich ihn aus der Wohnung wies. Mir ist auch bekannt, dass an Polizeischulen des Bundes und der Länder gerne mal Versicherungsmitarbeiter und Finanzdienstleister in den Unterrichten auftauchen, um dort ihre natürlich konkurrenzlos guten und günstigen "Programme" zu verkaufen. Das Ganze natürlich mit Wissen und Duldung der jeweiligen Entscheidungsträger.

Eine Leserempfehlung

- • *contraego*
- 29. Dezember 2013 11:06 Uhr

34. Denkanstöße

2013 kamen in versch. Tageszeitungen immer wieder Artikel, die sich mit Riesterverträgen im Besonderen und Lebensversicherungen im Allgemeinen auseinandersetzen. "Die Rheinpfalz", brachte 2013 in regelmäßigen Abständen halbseitige Artikel, in denen die Vorteile einer Riesterversicherung herausgearbeitet wurden und die Nachteile am Rande erwähnt worden waren. Im Dezember extra nochmal einen Artikel, wie wichtig es doch sei, und "daß der RiesterSparer in jedem Fall sein eingezahltes Geld zurück erhalten werde".

Mittlerweile ist mir bekannt, daß diese Artikel nicht von Journalisten oder Redakteuren recherchiert werden, sondern von der Versicherungswirtschaft fix und fertig an die Redaktionen geliefert werden.

Wen interessiert das? Werbung verpackt als Zeitungsartikel? Niemanden!

Das ist moderner, marktkonformer Journalismus.

Nur am Rande ein Beispiel:

Meine Frau hat einen Vertrag bei der Stuttgarter. 29 Jahre lang wird sie 900€ anno einzahlen und eine staatliche Zulage von 150€ jährlich erhalten. Dann ist sie 65. dann wird sie eine Jahresrente von 1100 € bekommen....

Die Kaufkraft, auf die sie verzichtet, wird sie zurückerhalten, wenn sie ungefähr 110 Jahre alt wird.

Die paar Beamte, die sich ein paar Euros dazuverdienen, treiben alle Journalisten auf die Barrikaden. Aber die vorgefertigten "Informationen" die die Versicherungswirtschaft für die Medien herausgibt, drucken diese unesehen weiterhin ab.

2 Leserempfehlungen

- • *saugwurm*
- 29. Dezember 2013 13:34 Uhr

35. Lieber Benz 65 AMG

mit Leistungselite meinen Sie wohl Ihr Auto ?!

Antwort auf "Leistungsträger werden diskreditiert."

- • *CGB*
- gestern 16:09 Uhr

36. weitere Ungereimtheiten

In jeder Postfiliale werben Beamte für Yellow-Strom und für die Riester-Rente.